

<b>Vorlage</b>		Vorlage-Nr:	FB 40/0192/WP15
Federführende Dienststelle: Schule		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	16.09.2008
		Verfasser:	
<p><b>Schulentwicklungsplanung für den Bereich der Sekundarstufe I und II 2005 - 2013, gemeinsamer Ratsantrag SPD-Fraktion und GRÜNE-Fraktion vom 16.01.2007; hier: Einbringung des beauftragten Gutachtens</b></p>			
Beratungsfolge:		TOP: __	
Datum	Gremium	Kompetenz	
23.10.2008	SchA	Kenntnisnahme	

**Finanzielle Auswirkungen:**

Für die Erarbeitung des Gutachtens sind insgesamt 13.800,00 € zu zahlen. Davon wurden 5.900,00 € bereits im Haushaltsjahr 2007 gezahlt. Für die erforderliche Restzahlung in Höhe von 7.900,00 € stehen im laufenden Haushaltsjahr entsprechende Mittel bei Produktsachkonto 030 030 020 – 7429002 zur Verfügung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Schulausschuss nimmt das vorgelegte Gutachten sowie die Erläuterungen des Gutachters zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, wie in der Begründung ausgeführt zu verfahren.

In Vertretung

Rombey  
Stadtdirektor

**Erläuterungen:**

In seiner Sitzung am 06.12.2007 hat der Schulausschuss beschlossen, die „Projektgruppe Bildung und Region, Bonn“ mit der Erstellung eines Gutachtens zum Schulentwicklungsplan für den Bereich der Sekundarstufe I und II 2005 – 2013 zu beauftragen. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage stand das Gutachten unmittelbar vor der Fertigstellung, so dass es dem Schulausschuss in der Sitzung vorgestellt werden kann.

Der Gutachter, Herr Schober, wird in der Sitzung anwesend sein und das Gutachten sowie die hieraus abzuleitenden Schlussfolgerungen im Rahmen einer ausführlichen Power-Point-Präsentation vorstellen. Das Gutachten wird in gedruckter Form zu Beginn der Sitzung verteilt. Danach ist vorgesehen,

1. mit den Schulleitungen im Rahmen von Schulleiterkonferenzen das Gutachten zu besprechen,
2. die Schulkonferenzen gemäß § 76 Schulgesetz zu beteiligen und um Stellungnahme zu bitten.

Beratung und Beschlussfassung erfolgen erst nach einem ausführlichen dialogischen Beteiligungsverfahren.

**Anlage/n:**

- Ratsantrag von SPD-Fraktion und GRÜNE-Fraktion vom 16.01.2007